

Schönau, den 30.10.2024

Handlungsempfehlungen für die kommende Bundesregierung

Die EWS empfehlen der zukünftigen Bundesregierung:

- Finanzierung absichern mit effizienten Anreizen und weniger Subventionen
- Erneuerbare schneller ausbauen und Energieeffizienz stärken
- Klimaschutzpotenziale heben im Wärme- und Verkehrssektor
- Flexibilität und Netzinfrastruktur nutzen für den Übergang in das klimaneutrale Energiesystem

Über die EWS

Die EWS Elektrizitätswerke Schönau eG sind nach der Reaktorkatastrophe von Tschernobyl aus der Bürgerinitiative für eine atomfreie Zukunft entstanden. Seit 1998 tritt die EWS als bundesweiter Ökostromversorger auf und setzt sich für eine ökologische, dezentrale und bürgereigene Energieversorgung ein. Inzwischen versorgt die Genossenschaft mit ihren über 13.500 Mitgliedern ca. 200.000 Haushalte und Betriebe in ganz Deutschland mit 100% Erneuerbarem Strom, Biogas und Gas. Als einziger bundesweiter Ökostromanbieter betreiben die EWS Strom-, Gas- und Nahwärmenetze in Bürgerhand und garantieren, dass die Erzeuger ihres Stroms keine Beteiligungen von Atom- oder Kohlekraftwerksbetreibern oder deren Tochterunternehmen haben.

Die EWS ist im Lobbyregister für die Interessenvertretung gegenüber dem Deutschen Bundestag und der Bundesregierung sowie im europäischen Transparenzregister für die Interessenvertretung gegenüber den EU-Institutionen eingetragen. Registereintrag national: R001511. Registereintrag europäisch: 242520348841-74.

Einleitung

Die EWS setzen sich für eine bürgernahe und 100 Prozent Erneuerbare Energieversorgung ein. Wir begrüßen, dass die aktuelle Bundesregierung („Ampel-Koalition“) trotz der Bewältigung schwerer Krisen vor allem im Stromsystem wichtige Weichenstellungen für den Ausbau Erneuerbarer Energien vorgenommen hat. Auch in anderen Bereichen, bspw. dem Wärmesektor, erfolgten bereits wichtige Schritte, über die der Anteil Erneuerbarer Energien an der Wärmeversorgung gesteigert werden kann.

Deutschland hat das Pariser-Klimaabkommen zur Begrenzung der Erderwärmung auf möglichst 1,5°C unterzeichnet. Um dieses Ziel zu erreichen, darf sich die kommende Bundesregierung nicht auf den Erfolgen der Vergangenheit ausruhen. Vielmehr sollte die künftige Bundesregierung die Herausforderungen entschlossen angehen und die sich auf dem Weg zur Klimaneutralität bietenden Chancen konsequent nutzen.

Dafür sind wichtige Zwischenetappen zu bewältigen. Nach aktueller Rechtslage sollen bis 2030 mindestens 80 Prozent des deutschen Bruttostromverbrauchs aus Erneuerbaren Energien bezogen werden. Dafür ist ein durchschnittlicher jährlicher Zubau von 22 GW installierter Leistung Photovoltaik (2023: 14,3 GW) und von 10 GW installierter Leistung Wind an Land (2023: 3,6 GW) notwendig. Ergänzend dazu braucht es insbesondere einen sinnvollen Einsatz der Bioenergie sowie einen beschleunigten, intelligenten Ausbau der Übertragungs- und Verteilnetze.

Auch in Sachen Energieeffizienz kann und muss die nächste Bundesregierung noch viel ungenutztes Potenzial heben. Die gegenwärtigen Einsparbemühungen zur Senkung des Endenergieverbrauchs in Deutschland müssen verzehnfacht werden (von aktuell etwa 0,3 auf 3 Prozent jährlich), um das im Energieeffizienzgesetz gesetzte Einsparziel von knapp 30 Prozent Endenergie bis 2030 gegenüber 2008 zu erreichen. Dieses Ziel lässt sich nur erreichen, wenn Energieeffizienz künftig mit hoher Priorität verfolgt wird, denn die beste Kilowattstunde ist die, die nicht verbraucht und somit auch nicht bereitgestellt werden muss.

Aus Sicht der EWS ist das Strommarktdesign entscheidend für das Erreichen der Erneuerbaren-, Effizienz- und Klimaziele. Das aktuelle Design des Strommarktes kann wesentliche Anforderungen für ein dekarbonisiertes und transformiertes Stromsystem nicht erfüllen. Dazu gehören unter anderem die effiziente Bereitstellung von Flexibilität, die Gewährleistung der Versorgungssicherheit, die Finanzierung Erneuerbarer sowie Anreize für Sektorenkopplungstechnologien, um die Dekarbonisierung weiterer Sektoren wie Wärme und Verkehr zeitnah voranzutreiben.

Mit dem vorliegenden Impulspapier geben wir 10 Handlungsempfehlungen, entlang derer die kommende Bundesregierung auf die vorgenannten Herausforderungen eingehen sollte.

Empfehlungen an die zukünftige Bundesregierung

Finanzierung absichern durch effiziente Anreize und weniger Subventionen

1. Erneuerbaren-Finanzierung verlässlich gestalten

- Die EWS sehen in verlässlichen Finanzierungsbedingungen eine Grundvoraussetzung für ein hohes Erneuerbaren-Ausbautempo. Die Fördersystematik muss entsprechend planbar entlang der EU-Vorgaben auf ein System mit Rückzahlungsmechanismus umgestellt werden. Eventuelle Mehreinnahmen müssen unmittelbar den Verbraucherinnen und Verbrauchern zugutekommen. Eine Wechselmöglichkeit zwischen staatlichem Fördermechanismus und förderfreier Vermarktung sollte erhalten bleiben, um weiterhin kurzfristige, förderfreie PPA zu ermöglichen. Eine langfristige, förderfreie Vermarktung von Erneuerbaren Energien (EE) sollte zudem auch kleineren und mittelständischen Akteurinnen und Akteuren mehr und mehr ermöglicht werden, indem ein Bürgschaftsprogramm für PPA - wie z.B. in Frankreich - eingeführt wird.
- Aus Sicht der EWS ist der Übergang von neuen Photovoltaik (PV)-Kleinanlagen in die Direktvermarktung zielführend. Gleichwohl ergibt die schrittweise Herabsenkung von Direktvermarktungsgrenzen nur Sinn, sofern flankierend die Rahmenbedingungen zur Vermarktung von EE-Strom aus neuen PV-Kleinanlagen zügig vereinfacht werden. Zwingend ist hier zum Beispiel die wesentlich schnellere, bezahlbare und verlässliche Ausstattung von Kleinanlagen mit intelligenter Mess-, Steuer und Regelungstechnik. Des Weiteren empfehlen wir die Vereinfachung und Reduzierung der Prozesse und Kosten für die Registrierung von Kleinanlagen im Herkunftsnachweisregister, um auch die förderfreie Direktvermarktung mit Grünstromqualität attraktiver zu machen.

2. Klimaschädliche Subventionen abbauen und Schuldenbremse reformieren

- Die EWS fordern angesichts der aktuellen finanzpolitischen Herausforderungen eine zielführende Reform der Schuldenbremse, um die Finanzierung für den Übergang in eine klimaneutrale Wirtschaft langfristig zu sichern. Der Abbau klimaschädlicher Subventionen sollte dabei Bestandteil einer zukunftsorientierten Neustrukturierung des Bundeshaushalts sein. Dies würde nicht nur ermöglichen, mehr in die Dekarbonisierung und Transformation der Wirtschaft zu investieren, sondern auch Impulse für Innovationen zu setzen und den sozialen Ausgleich zu unterstützen.
- Die EWS empfehlen die Förderung von konventioneller Gas-Kraft-Wärme-Kopplung (KWK) im KWK-G umgehend herunterzufahren. Stattdessen muss die Förderung auf klimaneutrale Brennstoffe wie Biogas umgestellt werden, um den CO₂-Ausstoß nachhaltig zu reduzieren. Dies trägt zur Stärkung der Energieunabhängigkeit und zur Sicherung bzw. Schaffung von Arbeitsplätzen in Europa bei.

3. CO₂-Preisfad ambitioniert ausgestalten und gerechte Kompensation einführen

- Die EWS fordern einen ambitionierten, verlässlichen und steigenden Preisfad für CO₂. Planungssicherheit und Verlässlichkeit sind Grundvoraussetzungen für einen zunehmend marktlich gesteuerten Ausbau Erneuerbarer Energien und dafür, dass Bürgerinnen und Bürger sowie Unternehmen auf klimaneutrale Lösungen und Technologien umsteigen. Um Preisschocks im Übergang aus dem nationalen BEHG in den europäischen ETS II zu vermeiden, ist eine frühzeitige Anhebung des nationalen CO₂-Preisfads vor 2027 notwendig.
- Die EWS befürworten die Einführung eines nationalen CO₂-Mindestpreises sowohl für den ETS I als perspektivisch auch für den ETS II. Die Höhe des CO₂-Mindestpreises sollte sich an den nationalen und europäischen Klimazielen in den entsprechenden Sektoren orientieren.
- Parallel zur Anhebung des nationalen CO₂-Preises empfehlen die EWS die Einführung von Kompensationsmaßnahmen wie zum Beispiel einem sozial gestaffelten Klimageld. Die Schaffung eines staatlichen Direktauszahlungskanal kann auch als Vorsorgemaßnahme eines modernen und resilienten Staats für zukünftige Krisen betrachtet werden. Das Instrument der Energiepreisschranken halten wir für diesen Zweck für nicht geeignet.
- Die EWS fordern die Einführung eines Klima-Sozialplanes für Deutschland im Rahmen des ETS II. Damit können finanziell Benachteiligte und besonders betroffene Gruppen identifiziert und befähigt werden, sich von fossilen Energiequellen unabhängiger zu machen und Energiekosten einzusparen.

Erneuerbare schneller ausbauen und Energieeffizienz stärken

4. Bürgerenergie stärken für einen beschleunigten Erneuerbaren-Ausbau

- Die EWS fordern, das Potenzial der Bürgerenergie für einen schnelleren Erneuerbaren-Ausbau stärker auszuschöpfen. Mehr als die Hälfte des Stroms in Deutschland wurde in 2024 aus Erneuerbaren-Anlagen bereitgestellt. Der dahinterliegende Ausbau von Erneuerbare-Energien-Anlagen wurde zu einem großen Teil von Bürgerinnen und Bürgern gestemmt, ob privat oder gemeinschaftlich, auf dem eigenen Haus, auf dem Schuldach oder in genossenschaftlichen Windparks. Die Teilhabe an der Energiewende ist aus unserer Sicht ein enormer Hebel, um Akzeptanz vor Ort zu sichern und auch privates Kapital einzuwerben. Daher müssen dezentrale und partizipative Energieversorgungskonzepte wie PV-Mieterstrom, die Gemeinschaftliche Gebäudeversorgung und das Energy Sharing konsequent weiterentwickelt werden, so dass es möglichst keine Teilnahmebarrieren für Bürgerinnen und Bürger gibt.
- Die EWS begrüßen das aktuell hohe Ausbauniveau bei der Solarenergie, welches nach wie vor insb. von Dachanlagen getragen wird. In diesem Segment müssen mehr PV-Anlagen in die Städte und auf Gewerbedächer gebracht (z.B. über die Einführung eines bundesweiten Solarstandards) und die marktliche Integration der Strommengen vereinfacht werden. Auch der Ausbau von PV-Freiflächenanlagen gehört weiterhin konsequent regulatorisch begleitet. Projekte müssen beschleunigt, Akzeptanz und Naturverträglichkeit sichergestellt sowie langfristig Investitionssicherheit geschaffen werden. So sollte bspw. das Wegenutzungsrecht für Erneuerbare, wie ursprünglich im Entwurf zum Solarpaket I vorgesehen, auch auf Privatgrundstücke ausgeweitet werden.

- Trotz hoher Genehmigungszahlen bleibt der erhoffte Ausbau der Windenergie noch weit hinter den gesetzten Zielen zurück. Auch wenn wichtige Weichen zur schnelleren Flächenausweisung und zur Beschleunigung von Genehmigungsverfahren gestellt worden sind, sollten bereits jetzt Vorkehrungen getroffen werden, um die aktuelle Ausbaulücke in späteren Jahren mit zusätzlichem Zubau auszugleichen. Der Ausbau von Windenergieanlagen muss daher weiterhin konsequent regulatorisch begleitet werden. Aus Sicht der EWS bedarf es u.a. eines Systems, das den Überbietungswettbewerb bei Flächenpachten beendet. Die horrenden Pachtforderungen verteuern unnötig die Projekte und schaden der Akteursvielfalt.

5. Innovationsimpulse setzen durch mehr Energieeffizienz und Verlässlichkeit

- Die EWS schlagen die Einführung eines Green-Frontrunner-Prinzips vor, um Innovationen und Investitionen in Energieeffizienz in der Industrie stärker anzureizen. Aus unserer Sicht sollten Unternehmen, die im Branchenvergleich besonders fortschrittliche und nachhaltige Lösungen anbieten, durch finanzielle Anreize, Steuerentlastungen und erleichterten Zugang zu Fördermitteln unterstützt werden. Unternehmen, die besonders ineffiziente und klimaschädliche Produkte anbieten, könnten durch Pönalen die Förderung der Vorreiter ausgleichen. Dieses wettbewerbliche Prinzip würde Innovationen anregen und die gesamte Branche zu mehr Nachhaltigkeit motivieren.
- Die EWS fordern die nächste Bundesregierung auf, einen langfristigen Effizienzplan bis 2030 zu entwickeln, der klare und stabile Rahmenbedingungen für die deutsche Industrie schafft. Der Plan sollte nicht nur Investitionssicherheit für Unternehmen gewährleisten, sondern auch flexible Anpassungen an technologische Fortschritte ermöglichen, um auf Innovationszyklen reagieren zu können.
- Parallel dazu muss aus Sicht der EWS das bestehende Fördersystem für Investitionen in Energieeffizienz schnellstmöglich reformiert werden, um stärkere Anreize zu schaffen. Der rechtliche Rahmen für Ausschreibungen im Bereich Energieeffizienz und Nachfragesteuerung besteht seit Jahren in § 53 EnWG, sollte aber konsequenter genutzt werden, um tatsächliche Energieeinsparungen im großen Stil zu erreichen. Dies würde die Industrie dabei unterstützen, hohe Energiekosten einzusparen. Auch der Bedarf an neuen Kraftwerken kann deutlich verringert werden, was wiederum die Kosten für Staat und Energieverbraucher reduziert. Ein dynamischer Ansatz, der technologische Fortschritte kontinuierlich einbezieht, kann dazu beitragen, die Wettbewerbsfähigkeit der Industrie langfristig zu sichern und die Energieeffizienz erheblich zu steigern.

Klimaschutzpotenziale heben im Wärme- und Verkehrssektor

6. Wärmenetzausbau beschleunigen und absichern

- Die EWS fordern die Einführung eines staatlichen Bürgschaftsprogramms für Investitionen in klimaneutrale Wärmenetze. Für die Dekarbonisierung bestehender sowie den Ausbau und Verdichtung von Wärmenetzen sind massive Investitionen nötig. Insbesondere kleine und mittelständische Akteure (wie Stadtwerke, Genossenschaften, Bürgerenergiegesellschaften) haben mit Blick auf gestiegene Zinssätze immer mehr mit der Akquisition von Fremdkapital und hohen Zinsen zur Realisierung neuer Wärmeprojekte zu kämpfen. Ein bundesweites Bürgschaftsprogramm wäre an dieser Stelle ein effizienter Hebel, um unmittelbar die Finanzierungskosten durch bessere Zinsbedingungen zu reduzieren. Als gute Vorlage kann aus unserer Sicht das in Schleswig-Holstein im Zuge eines

Nachtragshaushaltsgesetzes vorgestellte Bürgschaftsprogramm dienen. Wir bewerten diesen Vorschlag als sehr positiv, da er minimalinvasiv ist und für den Bund ein vergleichbar geringes Risiko beinhaltet.

- Aus Sicht der EWS sollte das Kraft-Wärme-Kopplungsgesetz (KWKG) umfassend weiterentwickelt werden und als zentrale Grundlage für den Ausbau, die Verdichtung und die Dekarbonisierung der netzgebundenen Wärmeversorgung in Deutschland dienen. Das Gesetz muss technologieoffen ausgestaltet werden und darf nicht länger ausschließlich an die Förderung von KWKG-Anlagen gebunden sein. Stattdessen sollten alle klimaneutralen Wärmeoptionen wie bspw. Solarthermie, Großwärmepumpen, Geothermie aber auch Wärmespeicher berücksichtigt und gefördert werden.
- Die EWS sehen insbesondere in der Solarthermie viel Potenzial, das zur Dekarbonisierung der Wärme gehoben werden sollte. So empfehlen wir u.a. bei der Einführung eines bundesweiten Solarstandards, dass die Anforderung auch von Solarthermie erfüllt werden kann.
- Die EWS sehen in Wärmenetzen und Wärmepumpen die wichtigsten Hebel zur Umsetzung der Wärmewende. Wärmepumpen sind in verschiedenen Bereichen, von Wohngebäuden bis hin zu industriellen Anlagen sowie in Verbindung mit Wärmenetzen einsetzbar. Ihre Fähigkeit, sich in intelligente Energienetze integrieren zu lassen, maximiert die Nutzung Erneuerbarer Energien und hilft dabei, Energie effizienter zu verwalten. Diese Flexibilität macht sie zu einem unverzichtbaren Bestandteil einer nachhaltigen und dezentralen Energiezukunft. Die zukünftige Gesetzgebung sollte sich daran ausrichten, den Ausbau von Wärmepumpen in allen Einsatzfeldern maximal zu unterstützen.

7. Energiekosten senken durch effizienten Klimaschutz in Gebäuden

- Die EWS fordern die nächste Bundesregierung auf, die Umsetzung der Energy Performance of Buildings Directive (EPBD) auf nationaler Ebene sehr zeitnah anzugehen, da die Umsetzungsfrist ambitioniert ist und es Planungssicherheit für Investitionen braucht. Dabei muss sichergestellt werden, dass die Akzeptanz durch gezielte Kompensationsmaßnahmen für einkommensschwache Haushalte gestärkt wird.
- Die EWS sehen insbesondere in gezielten Förderprogrammen für energetisch schlechte Gebäude, die von einkommensschwachen Haushalten bewohnt werden, einen besonderen Mehrwert für Effizienzmaßnahmen im Gebäudebereich. Das Prinzip "worst-performing first" ermöglicht schnelle Effizienzgewinne und fördert die soziale Gerechtigkeit durch geringere Energiekosten für Bewohnerinnen und Bewohner.

8. Stellschrauben im Verkehrssektor stärker auf Klimaschutz ausrichten

- Aus Sicht der EWS sind Investitionen in den Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs, der Schieneninfrastruktur, der Fahrradinfrastruktur und der Ladeinfrastruktur für Elektromobilität entscheidend für eine nachhaltige Verkehrswende. Parallel dazu ist der flächendeckende Ausbau der Ladeinfrastruktur für Elektrofahrzeuge unerlässlich, um die Akzeptanz und Nutzung emissionsarmer Fahrzeuge zu steigern und somit einen wesentlichen Beitrag zur Dekarbonisierung des Verkehrssektors zu leisten.
- Die EWS sehen in der Förderung des Wettbewerbs bei PKW-Ladesäulen einen entscheidenden Faktor für den erfolgreichen Ausbau der Elektromobilität. Ein vielfältiger und wettbewerbsorientierter Markt für Ladeinfrastruktur führt zu einer besseren Verfügbarkeit, höherer Servicequalität und wettbewerbsfähigen Preisen für die Nutzer. Anreize für

Innovationen und Investitionen in moderne Ladetechnologien sollten gesetzt werden, um die Effizienz und Benutzerfreundlichkeit der Ladeinfrastruktur kontinuierlich zu verbessern.

- Die EWS empfehlen eine Überarbeitung des Konzepts der Treibhausgas (THG)-Minderungsquote, da dieses den tatsächlichen Klimaschutzeffekt nicht ausreichend abbildet und durch Mehrfachanrechnungen die Transparenz verringert. Zudem fehlt aktuell eine Differenzierung bei der Qualität des verwendeten Stroms, was die Bewertung der realen Umweltauswirkungen erschwert. Um stärkere Anreize für wirtschaftliche Innovationen und sektorübergreifenden Klimaschutz zu schaffen, sollte die THG-Quote auf die Luft- und Schifffahrt ausgeweitet werden.
- Die EWS fordern, die künftige Bundesregierung auf, das bidirektionale Laden in der Breite zu ermöglichen. Um das Potenzial des bidirektionalen Ladens voll auszuschöpfen, bedarf es u.a. Klarstellungen bei der Weitergabe von Daten, messtechnische Vereinfachungen, einheitliche Netzanschlussbedingungen für Ladeinfrastruktur und gezielte wirtschaftliche Anreize. Die breite Implementierung dieser Technologie würde nicht nur die Flexibilität des Energiesystems erhöhen, sondern auch die Wirtschaftlichkeit von Elektrofahrzeugen verbessern und somit einen wichtigen Beitrag zur Energiewende leisten.

Flexibilität und Netzinfrastruktur nutzen für das klimaneutrale Energiesystem

9. Flexibilisierung stärken und Netzentgelte weiterentwickeln

- Die EWS raten, mutigere Schritte bei der Neugestaltung des Strommarktdesigns zu gehen. Wir fordern insbesondere die Stärkung lokaler Marktpreissignale, zum Beispiel durch die Anpassung der einheitlichen Preiszone. Zudem sollte eine europaweite Flexibilisierungs- und Versorgungssicherheitsstrategie initiiert werden. Aktuelle Studien zeigen, dass lokale Marktpreissignale zu einem stärkeren Ausbau Erneuerbarer Energien, einer verbesserten Nutzung des Stromnetzes sowie einer Absenkung der Systemmanagementkosten (z.B. Redispatch) führen kann. Ein reformierter Strommarkt würde somit nicht nur die Energiewende vorantreiben, sondern auch wirtschaftliche Effizienz und Versorgungssicherheit erhöhen.
- Die EWS empfehlen, schnellstmöglich eine Roadmap für dynamische Netzentgelte auf den Weg zu bringen. In einem ersten Schritt sollte der Gesetzgeber bzw. die Bundesbehörden statisch-zeitvariable Netzentgelte als Übergangslösung einführen. Zeitvariable Netzentgelte (ZvN) geben einen effizienten Anreiz zum systemdienlichen Stromverbrauch und sind in den meisten europäischen Ländern bereits üblich.
- Die EWS fordern, den Ausbau von Energiespeichern anzureizen und regulatorische Hemmnisse konsequent abzubauen. Speichertechnologien sind essenziell für die Netzstabilität und die Integration Erneuerbarer Energien, weshalb klare Rahmenbedingungen für deren wirtschaftlichen Betrieb geschaffen werden müssen. Dies umfasst die Überarbeitung des rechtlichen Rahmens, um Speicher als eigenständige Säule im Energiesystem anzuerkennen und faire Marktbedingungen zu schaffen. Beispielsweise sollten Doppelbelastungen bei Abgaben und Umlagen abgeschafft werden.

10. Netzinfrastrukturumbau erleichtern und zukunftsgerichtet weiterentwickeln

- Die EWS fordern einen drastischen Bürokratieabbau bei kleinen und mittelständischen Stromnetzbetreibern. Angesichts der oft begrenzten personellen und finanziellen Ressourcen dieser Unternehmen stellen zum Beispiel umfassende Berichtspflichten eine unverhältnismäßige Belastung dar. Die Einführung von Schwellenwerten oder vereinfachten Berichtsformaten für kleine und mittelständische Betreiber würde den bürokratischen Aufwand verringern, ohne die Qualität und Relevanz der erfassten Daten zu beeinträchtigen. Diese Entlastung ermöglicht es kleinen Netzbetreibern, sich auf ihre Kernaufgaben zu konzentrieren: die Gewährleistung der Netzstabilität und die aktive Unterstützung der Energiewende.
- Aus Sicht der EWS ist die integrierte Planung und Entwicklung von Strom- und Gasnetzen auf deutscher wie auf europäischer Ebene ein entscheidender Schritt für eine effiziente und nachhaltige Energiewende. Eine gemeinsame Adressierung dieser Infrastrukturen ermöglicht Synergien, optimiert Ressourcen und unterstützt Sektorenkopplung, was zu einer höheren Systemflexibilität und Versorgungssicherheit führt. Durch eine europaweite Koordination können grenzüberschreitende Herausforderungen besser bewältigt und ein kohärenter Ansatz für die Integration Erneuerbarer Energien geschaffen werden.

Ansprechpartner:innen

Peter Ugolini-Schmidt, Leiter Politik & Energiepolitischer Sprecher

Fon: +49 162 136 46 30

E-Mail: p.ugolini-schmidt@ews-schoenau.de

Reemt Heuke, Senior Manager Public Affairs / Energiepolitik

Fon: +49 174 1951417

E-Mail: reemt.heuke@ews-schoenau.de

Michael Iovu, Manager Public Affairs / Energiepolitik

Fon: +49 174 89 00 659

E-Mail: michael.iovu@ews-schoenau.de

Sophia Latka-Kiel, Managerin Public Affairs / Energiepolitik

Fon: +49 173 9942433

E-Mail: s.latka-kiel@ews-schoenau.de

Boris Gotchev, Referent Klimaschutz

Fon: +49 1742386353

E-Mail: boris.gotchev@ews-schoenau.de